

ECO SWISS

Spanweidstr. 3
8006 Zürich

Tel. 043 300 50 70

Fax 044 362 67 42

E-Mail: info@eco-swiss.ch

Frau

Bundespräsidentin D. Leuthard

Kochergasse 6

3003 Bern

Zürich, 2. Mai 2017

HPI/DC/sb

**Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050:
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zu den Änderungen auf Verordnungsstufe**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

ECO SWISS möchte Ihnen für die Einladung zu dieser Anhörung danken.

Es geht bei diesem Vernehmlassungsverfahren darum, wie die zahlreichen Verordnungen angepasst werden sollen, falls die Abstimmung vom 21. Mai 2017 eine Annahme des Energiegesetzes ergibt. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Kompatibilität aller Massnahmen mit den Bestimmungen der EU.

ECO SWISS ist die Umweltorganisation der Schweizer Wirtschaft. Verschiedenste Branchen und Mitglieder sind ihr angeschlossen. Wie auch bei anderen Organisationen gehen gewisse Interessen teilweise in entgegengesetzte Richtungen. Es ist uns jedoch ein Anliegen, Ihnen einige ungeteilte Meinungen mitzuteilen.

Von den 9 Verordnungen sind 4 für unsere Organisation von kleiner Bedeutung oder wir haben nur minimale Kommentare dazu. Es sind dies:

Teilrevision der Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich:

Keine Bemerkungen

Teilrevision der Kernenergieverordnung: Es ist bedauerlich, dass mit dieser Revision ein Technologieverbot zementiert wird. **Wir lehnen dieses ab.** Im aktuellen politischen und ökologischen Umfeld sind Bewilligungen für neue KKW's sowieso praktisch ausgeschlossen.

Teilrevision der Landesgeologieverordnung: Aus unserer Sicht geht es hier um technische Anpassungen, zu denen wir uns nicht äussern können. Deshalb: **Keine Bemerkungen**

Verordnung über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung: **ECO SWISS findet es unnötig, dass die Stichprobenkontrolle bei Unternehmen ausgeweitet werden soll.**

Heute wird bei ca. 20 Unternehmen (von rund 700 Unternehmen) kontrolliert, ob die Stromkennzeichnung korrekt umgesetzt wird. Ein Mehrwert für die Bevölkerung wird dadurch nicht generiert und sollte unterlassen werden.

Von grosser Bedeutung für ECO SWISS und die von ihr vertretenen Unternehmen und Verbände sind folgende Verordnungen:

Teilrevision der Stromversorgungsverordnung:

Artikel 3a: Wichtigstes Ziel ist die Netzstabilität. Dieser Artikel ist willkürlich, wenig präzise und behindert den Eigenverbrauch. Art. 16 der Energieverordnung deckt dieses Problem deutlich klarer ab und ist eindeutiger.

Artikel 8c¹: Die Endverbraucher und Erzeuger vereinbaren dazu mit dem Netzbetreiber den Umfang des Zugriffs, müssen aber je nachdem auch Einspruch gegenüber unverhältnismässigen Forderungen erheben können.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wo die Kosten für die «intelligenten» Messsysteme anfallen (Netzkosten, Stromkosten, etc.)?

Der **Artikel 8d³** sollte gestrichen werden, da im Sinne des Datenschutzes diese Daten nicht ein Jahr zur Verfügung stehen müssen.

Beim **Artikel 13a** sind die Systemgrenzen nicht klar definiert. Es sollte ein abschliessender Katalog erstellt werden.

Dasselbe gilt für Art. 15 Abs. 2 Bst. B.

Teilrevision der CO₂-Verordnung:

Art. 10 Abs. 1 und 1bis: Das BAFU prüft den Monitoringbericht, den dazugehörigen Verifizierungsbericht und den Vertrag, den der Gesuchsteller mit der Verifizierungsstelle abgeschlossen hat. Wir sind der Meinung, dass Stichproben genügen und damit der administrative Aufwand begrenzt werden kann.

Art. 26a neu: Mit Erdgas betriebene Fahrzeuge

Für Fahrzeuge, die ganz oder teilweise mit Erdgas oder andern biogenen Treibstoffen betrieben werden, setzt das BFE die massgebenden CO₂-Emissionen um den Prozentsatz des anrechenbaren biogenen Anteils am Gasgemisch tiefer an. Der aktuelle Verordnungsentwurf sieht die im bisherigen Recht (Art. 26) enthaltene Regelung nicht mehr vor, was zu korrigieren ist. Der Anteil an erneuerbarer Energie und der damit einhergehende tiefere klimarelevante CO₂-Wert sollte bei Gasfahrzeugen weiterhin berücksichtigt und im Einklang mit der Ausweitung der Emissionsvorschriften auf Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ausgedehnt werden. Ohne diese Berücksichtigung besteht die Gefahr, dass die aus Umweltsicht sehr sinnvollen Erdgasfahrzeuge gegenüber anderen alternativen Antriebstechnologien noch weiter benachteiligt werden.

Art. 27 Abs. 2f.

Wir begrüssen, dass der Bundesrat Einführungsmodalitäten («Phasing-In», «Supercredits») für die neuen Grenzwerte von 95 g CO₂/km (Personenwagen) resp. 147g CO₂/km (Lieferwagen und leichte Sattelschlepper) vorsieht. Gleichzeitig halten wir die fehlende getrennte Betrachtung der beiden Fahrzeugkategorien in der Verordnung für falsch. Die Einführungsmodalitäten sollen so festgelegt werden, dass sie für den Schweizer Fahrzeugmarkt gleich ambitiös sind wie für die EU-Fahrzeugmärkte. Dazu braucht es eine Analyse des künftigen Verlaufs in den 27 EU-Ländern (ohne Grossbritannien). Diese sollte vom BFE vorgelegt werden. Die ersten EU-Länder werden – getrieben durch massive staatliche Steueranreize und Subventionen – bereits 2017 den 95-g-Zielwert erreichen (z.B. Niederlande), andere Staaten aber erst 2024 oder 2025, je nach Fahrzeugmarkt und Ausmass der nationalen Steueranreize. Wie Analysen zeigen, wird auch die Schweiz den 95-g-Zielwert etwa 2025 erreichen können.

Art. 36 Abs. 3

Die Veröffentlichung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen nach Importeur bzw. Emissionsgemeinschaft ist nicht zielführend, da die Werte von einzelnen Importeuren und Gemeinschaften nicht vergleichbar sind. So könnte in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstehen, dass die Fahrzeugflotte einer einzelnen Marke über einen höheren durchschnittlichen CO₂-Ausstoss verfügt als eine andere Marke, welche sich einer Emissionsgemeinschaft angeschlossen hat. Dies führt zu unnötigen Wettbewerbsverzerrungen. Um die Berechnungen nachvollziehen zu können, müssten auch die VIN-Nummern zur Verfügung gestellt werden.

Anhang 4a: In der Schweiz werden europaweit die höchsten Leergewichte festgelegt.

Die Übernahme der EU-Emissionsvorschriften bedingt auch die Übernahme der dazugehörigen EU-Regeln zur Ermittlung der Bezugsmasse. In der Formel zur Berechnung der individuellen Zielvorgabe ist das durchschnittliche Leergewicht der in der Schweiz im vorletzten Kalenderjahr vor dem Referenzjahr erstmals in Verkehr gesetzten Fahrzeuge (M_{t-2}) durch den in der EU geltenden Wert (M_0) zu ersetzen, und es ist der gleiche Bezugszeitraum (jeweils 3 Jahre, Anpassung alle 3 Jahre) wie in der EU zu verwenden. Schweizerische Alleingänge bei technischen Fragen wie die Bezugsmasse sind zwingend zu vermeiden, da sie unbeabsichtigte starke Auswirkungen haben können.

Bei Elektrofahrzeugen muss die «graue Energie» (Batterien) zwingend auch berücksichtigt werden.

Art. 98a Rückerstattung für Unternehmen, die WKK-Anlagen betreiben: Gemäss den Erläuterungen zur CO₂-Verordnung (S. 4) trägt die Rückerstattung der CO₂-Abgabe bei WKK-Anlagen dazu bei, die Versorgungssicherheit beim Strom zu stärken und schafft zusätzliche Anreize für Energieeffizienzmassnahmen. Aus diesem Grund sollen bereits Anlagen ab einer Feuerungswärmeleistung von 0.1 MW berücksichtigt werden.

Verordnung über die Anforderungen an die Energieeffizienz serienmässig hergestellter Anlagen, Fahrzeuge und Geräte (EnEV):

Energieetikette Anhang 4 (Personenwagen mit mehreren Energieträgern): Die Energieetikette informiert über Energieverbrauch (absolut), Energieeffizienz (Effizienzklasse, relativer Wert) und die Klimarelevanz (CO₂-Emissionen). Für die Umwelt relevant und daher für den Käufer von Interesse sind die klimarelevanten CO₂-Emissionen. Aus diesem Grund ist ECO SWISS der Meinung, dass in der Grafik der Energieetikette (Balken mit Pfeil) nur die klimarelevanten CO₂-Emissionen dargestellt werden sollen. Ergänzend kann das Total der CO₂-Emissionen (inkl. nicht klimarelevanter Anteil aus erneuerbaren Energien) informativ als Zahl ausgewiesen werden.

Wir anerkennen den Einsatz der Energieetikette als hilfreiches Informationsinstrument im Neufahrzeugverkauf. Sie kann jedoch auch zu Verwirrung führen, weil sie andere spezifische Zielwerte und andere Bezugsmassen verwendet als die EU-Emissionsvorschriften. Eventualiter sollte sie neu konzipiert und auf die Emissionsvorschriften ausgerichtet werden.

Die graue Energie z.B. von batteriegestützten Geräten und Fahrzeugen ist in der Energieetikette zu berücksichtigen.

Art. 10 Abs. 13

Die Kennzeichnungspflicht wird nicht von allen Marktteilnehmern eingehalten. Kontrolliert werden aber bisher in erster Linie die offiziellen Markenvertreter. Insbesondere die gemäss Anhang 4, Ziffer 4 vorgeschriebene Kennzeichnung in der Werbung wird vielfach nicht eingehalten, von den Behörden aber kaum geahndet.

Energieverordnung:

Art. 4 Die Stromkennzeichnung nach Artikel 9 Absatz 3 Buchstabe b EnG muss jährlich mittels Herkunftsnachweis vorgenommen werden, und zwar für jede an Endverbraucherinnen und Endverbraucher gelieferte Kilowattstunde. **Der administrative Aufwand für diesen Nachweis ist unverhältnismässig.**

Art. 19 Verhältnis zum Netzbetreiber: **Wir bezweifeln den Nutzen dieses grossen Aufwandes.**

Art. 45 Bruttowertschöpfung: **Auch bei diesem Punkt erkennen wir einen unverhältnismässig hohen Aufwand für die Unternehmen.**

Art. 49 Monatliche Auszahlung: **Wir begrüssen diese Erleichterung.**

Art. 53 Energieverbrauch in Unternehmen: **Wir sind mit der Regelung einverstanden.**

Art. 59 Globalbeiträge an kantonale Programme zur Förderung der Energie- und Abwärmenutzung dürfen nicht eingesetzt werden für Anlagen, die fossile Energien verbrauchen. **Diese Aussage wird unserer Meinung nach im Energiegesetz nicht explizit gefordert und ist zu streichen.**

Verordnung über die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien (Energieförderungsverordnung EnFV):

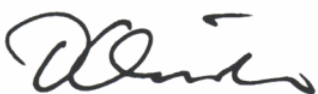
Generell begrüssen wir den verkürzten Zeithorizont für die Vergütungen.

Art. 2 Begriffe

In den verschiedenen Bundesgesetzen und -verordnungen sollten Begriffe und Definitionen möglichst kongruent sein. Daher schlagen wir vor, «biogenes Gas» in Anlehnung an Art. 19a (Biogene Treibstoffe) der Mineralölsteuerverordnung (SR 641.611) wie folgt zu definieren: aus Biomasse hergestelltes Gas, Biowasserstoff sowie Gas aus andern erneuerbaren Energien (synthetische Gase).

ECO SWISS dankt Ihnen für die Einladung zu dieser Anhörung.

Freundliche Grüsse



Dr. Daniel S. Christen
Geschäftsführer ECO SWISS



Dr. Hans Peter Isenring
Präsident TK ECO SWISS

ECO SWISS – Die Umweltschutzorganisation der Schweizer Wirtschaft – geht auf das Gründungsjahr 1969 zurück und umfasst heute 12 Branchenverbände und rund 220 Einzelmitglieder. ECO SWISS informiert und unterstützt seine Mitglieder bei der Umsetzung der Umweltgesetzgebung und vertritt ihre Interessen bei Politik und Behörden.